

***Heimatland Baden-Württemberg -  
gemeinsam in Sicherheit leben***

von

**Frank Buchheit  
Safiye Erdoğan  
Thomas Roos**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):  
Solidarität leben - Vielfalt sichern  
Ausgewählte Beiträge des 14. Deutschen Präventionstages  
Forum Verlag; Auflage: 1 (10. August 2011), Seite 211-228

ISBN 3936999872 (Printausgabe)  
ISBN 978-3936999877 (E-Book)

## Heimatland Baden-Württemberg – gemeinsam in Sicherheit leben

### 1. Das Projekt „Polizei – Moscheevereine“

Das Wirken von 222 polizeilichen „Ansprechpartnern Moscheevereine“<sup>41</sup> und den vielen Ansprechpartnern muslimischer Organisationen lässt sich an sich nicht in wenigen Seiten zusammenfassen. Wir versuchen trotzdem, Ihnen zwei Einblicke zu geben. Es wird zunächst um die Entstehung des Projekts und dessen konzeptionelle Ausrichtung auf Bundes- und Landesebene gehen, bevor Safiye Erdoğan und Thomas Roos das Projekt „Hand in Hand – Für die Zukunft unserer Kinder!“ aus Reutlingen vorstellen. Vor Ort muss sich erweisen, ob die theoretische Konzeption taugt – oder wie Cervantes es formulierte „der Beweis des Puddings besteht darin, ihn zu essen“<sup>42</sup>.

#### Befürchtungen

Die Bestrebungen der Polizei mit muslimischen Organisationen in einen Kontakt zur Förderung kriminalpräventiver Aktivitäten zu treten, rufen sehr unterschiedliche Reaktionen hervor. Einerseits schreibt beispielsweise Mustafa Yeneroğlu am 29. April 2009 in einem Kommentar auf der Website der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“<sup>43</sup>:

*„Bei diesem vermeintlichen „Dialog“ handelt es sich zumeist um die Aufgabenwahrnehmung des polizeilichen Staatsschutzes (...) oder der sonstigen Sicherheitsdienste (...). (...) Gesellschaftlich hat solch ein vermeintlicher Dialog fatale Folgen. Entgegen der Absichtserklärung, dieser Dialog solle auch dazu dienen, einen möglichen Generalverdacht gegenüber Muslimen abzubauen, geht die Wirkung genau in die entgegengesetzte Richtung.“*

Ganz anders liest sich das Protokoll des oben kommentierten Treffens im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Vertrauensbildenden Maßnahmen“ (bei der die IGMG im Gegensatz zur DITIB und dem ZMD nicht vertreten war):

*„Herr Alboğa [der Integrationsbeauftragte der DITIB – FB] hebt die Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg hervor. Wäre das LKA BW nicht aktiv auf DITIB zugegangen, hätte ein Projekt wie das in Baden-Württemberg, an dem ca. 350 junge Menschen, zur einen Hälfte Muslime, zur anderen Polizeibeamte teilgenommen haben, nicht stattgefunden.“<sup>44</sup>*

---

<sup>1</sup> Zitiert aus: LKA BW: Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Moscheevereinen und der Polizei in Baden-Württemberg. Stuttgart, 2009, S. 3.

<sup>2</sup> Aus: Miguel de Cervantes, Don Quixote.

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.igmg.de/nachrichten/artikel/was-sind-die-grundlagen-der-sog-vertrauensbildenden-massnahmen-zwischen-den-sicherheitsbehoerden-und-manchen-muslimischen-organisationen.html> (Abgerufen am 05.06.09)

<sup>4</sup> BKA, Protokoll der 6. Leitungssitzung der AG „Vertrauensbildende Maßnahmen“ März 2009, S. 2

Grundsätzlich sieht jedoch auch erstgenannter stellvertretender Generalsekretär der IGMG Kooperationschancen:

*Es geht hier auch nicht um eine Diskussion über förderungswürdige Projekte wie die Kriminalitätsprävention, Drogenprävention, Präventionsarbeit bzgl. Jugendkriminalität, sportliche Aktivitäten wie Selbstbehauptungstraining, Stärkung der Sensibilität und der multikulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden usw...*

Es lohnt sich offensichtlich, differenziert und vorsichtig vorzugehen, um keine Angstüberhänge zu schaffen. Hier soll zunächst die Entwicklung der Strategie chronologisch nachzeichnet werden, wobei die Kampagne „Polizei und Moscheevereine“ des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) hier der Hauptstrang ist; wodurch, nicht wertend (!), alle anderen zu parallelen Strängen werden.

### **Vorgeschichte**

Mit dem Projekt haben wir nicht „bei Null“ angefangen, es bestanden unzählige Vorläufer, insbesondere im pädagogischen und kirchlichen Bereich sowie des interkulturellen Dialogs, von denen einige als Voraussetzungen erwähnt seien:

- a) Zentrale Bedeutung hat das Pilotprojekt (seit 2000) „Transfer interkultureller Kompetenz“ der Bundeszentrale für politische Bildung und des Verbands für binationale Partnerschaften<sup>5</sup>, an dem sich neben der Polizei Berlins und Essens auch das Polizeipräsidium Stuttgart beteiligte.
- b) Das Interesse der Politik erlangte der französische „Exekutivrat der Muslime“, der auf Betreiben des damaligen Innenministers Sarkozy errichtet wurde, und 2004 einen förderlichen Part bei der Befreiung französischer Geiseln im Irak spielte<sup>6</sup>.
- c) Nicht zuletzt verdeutlichten die Anschläge vom 11.09.2001 und die folgenden „Maßnahmen gegen islamistischen Terrorismus“ die Notwendigkeit, sich mit denen zusammenzuschließen, die Terror ablehnen um die zu isolieren, die ihn praktizieren.

In der Evaluierung der baden-württembergischen Maßnahmen nach 9/11 wurde festgestellt, dass ein polizeilicher Präventionsansatz bislang fehlte, weswegen im September 2004 das Landeskriminalamt den Auftrag erhielt, ein „Präventionskonzept Islamismus“, primär für Baden-Württemberg, ggf. aber auch bundesweit zu erstellen. In der eingerichteten Projektgruppe waren neben polizeilichen Vertretern der Präven-

---

<sup>5</sup> Vgl.: <http://www.tik-iaf-berlin.de/publikationen.htm>

<sup>6</sup> Vgl. Michaela Wiegel: Unerwarteter Nebeneffekt (Kommentar). Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.2004 : „Die Geiselkrise führt vor, wie hilfreich es sein kann, einen islamischen Ansprechpartner zu haben, dessen Wort nach innen und außen Wirkung entfaltet“.

tion, der Bundesprävention (ProPK) und des Staatsschutz auch Experten des Landesamts für Verfassungsschutz und das Innenministeriums BW vertreten; ich wurde mit der Schriftführung betraut.

## Ziele

Bei der Prüfung mehrerer Ansätze wurden die Ziele der gewünschten Maßnahme klarer, insbesondere nachdem man sich von der Idee eines direkt wirksamen Ansatzes der „**Islamismusprävention**“ verabschiedet hatte. Seltene, terroristische Anschläge, klandestine Kleinstgruppen und abstrakte Gefahrenlagen ohne vertretbare und griffige Zielgruppen-, d.h. Gefährderdefinition lassen sich nicht direkt vorbeugen. Insbesondere muss hier die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen beachtet werden, die in diesem Fall gegen eingriffsintensive Ansätze spricht. Es wurde z.B. lange über eine Möglichkeit diskutiert, auf Konvertiten<sup>7</sup> zuzugehen – letztlich fehlte ein schlüssiges Konzept – die Polizei ist hier auf jeden Fall der falsche Ansprechpartner.

Der Ansatz des TIK-Projektes überzeugte, weil er, sollte die ursprüngliche Intention je nicht aufgehen, einen „Nebennutzen“ aufweist, der das Projekt schon alleine als sinnvoll erscheinen lässt: Seit mehreren Jahrzehnten wohnen Migranten in Baden-Württemberg<sup>8</sup>, seit mehr als zehn Jahren betreiben wir in BW Netzwerke der Kommunalen Kriminalprävention – und beschweren uns gelegentlich, dass Migranten unterrepräsentiert seien. Im Sinne einer Zielhierarchie wurde festgelegt, dass die **Integration muslimischer Organisationen in die KKP** als erreichbares Ziel Priorität vor weiter gehenden Zielen hat.

Dass sich aus der Beteiligung von Muslimen neue Fragen und Herausforderungen ergeben würden, war ebenso klar, wie dass die Polizei durch den positiven, präventiven Kontakt zu dieser Bevölkerungsgruppe nur gewinnen könne, da sie die Möglichkeit erhält, ihre **interkulturelle Kompetenz** zu erweitern – was im optimalen Fall auch den täglichen Dienst erleichtert. Eine bürgerorientierte und dem Servicegedanken verpflichtete Polizei braucht einen guten Kontakt zu migrantisch geprägten Bevölkerungsteilen, um negativen Stereotypisierungen entgegen zu wirken. Eine gute interkulturelle Kompetenz ist hierbei Voraussetzung für sach- und fachgerechte polizeiliche Maßnahmen und Leistungen.

Daneben steht das andere Ziel der „**Vertrauensbildenden Maßnahmen**“ zwischen Muslimen und der Polizei. Es erscheint offensichtlich, dass alle Gruppen, die eine

---

<sup>7</sup> In der Literatur werden Konvertiten zuweilen als anfälliger für ein Abgleiten in extremistische und/oder terroristische Gruppierungen beschrieben. Aus dieser Annahme ein Präventionskonzept zu erstellen, erweist sich in vielerlei Hinsicht als problematisch, insbesondere da es sich in den allermeisten um eine religiös motivierte Entscheidung handeln dürfte, die unter besonderem staatlichen Schutz steht (Art. 4, GG).

<sup>8</sup> Bei näherer Betrachtung der Migranten fällt vor allem deren Inhomogenität auf (vgl. z.B. „Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ unter [www.sociovision.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/Zentrale\\_Ergebnisse\\_16102007.pdf](http://www.sociovision.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Zentrale_Ergebnisse_16102007.pdf)). Trotzdem soll hier der vereinfachende Begriff „Migrant“ verwendet werden – wohl wissend, dass es den Migranten nicht gibt.

positive Wirkung auf die Sicherheitslage haben können, in Fragen der Kriminalprävention zu involvieren sind. Natürlich auch Migranten allgemein und Muslime im Speziellen. Wer in so genannten „Parallelgesellschaften“ Gefahrenpotentiale sieht, kann auch auf diese mit ausgestreckter Hand zugehen. Polizeibeamte der Modellstandorte berichteten, dass sie nach der ersten vorsichtigen und verhaltenen Reaktion, buchstäblich offene Türen einrannten, da muslimische Migranten diesen bürgerorientierten Polizeiansatz begrüßten.

Der Projektansatz lässt sich kurz gefasst mit den Begriffen „interkulturelle Kompetenz“ und „KKP“ in Verbindung mit „Cultural Mainstreaming“<sup>9</sup> umreißen.

Von den Entscheidungsträgern wurde im Dezember 2004 die **bundesweite Umsetzung** des Ansatzes befürwortet, nicht zuletzt um den gleichen Ansatz in Ulm zu verfolgen wie in Neu-Ulm (bzw. in Mannheim wie in Ludwigshafen).

Was folgte war die Erstellung des Leitfadens „Polizei – Moscheevereine“ des ProPK<sup>10</sup> in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB, 2005)<sup>11</sup>, die Auftaktveranstaltung am 08./09.11.2005 im Stuttgarter Rathaus und der so genannte „TIK-Erlass“ des Innenministeriums Baden-Württemberg im Dezember 2005 aus dem, neben der landesweiten Umsetzung, die Bestellung eines Landesansprechpartners und Einrichtung einer „Geschäftsstelle Moscheevereine“ beim LKA hervorgeht.

Gespannt verfolgten die Initiatoren, auf welche Akzeptanz das Vorhaben, sowohl polizeiintern als auch bei muslimischen Organisationen stoßen würde. Was würde passieren, wenn sozusagen die „Falschen“ das Angebot annähmen, also Organisationen die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stünden? Es wurde die Maxime ausgegeben, behutsam vorzugehen, Augenmaß vor Hast zu setzen und eine breite, begleitende Aus- und Fortbildung aufzubauen, um nicht blauäugig in schwierige Situationen zu geraten.

### Nebenstränge

Auf der Bundesebene wandten sich 2005 Vertreter der DITIB und des ZMD an die Behördenleitungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Bundeskriminalamtes (BKA) um mit ihnen und weiteren Sicherheitsbehörden in einen Di-

<sup>9</sup> Vgl. hierzu z.B. Ursula Boos-Nünning: Cultural Mainstreaming (In: Thema Jugend 3/2007, Katholische LAG Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., S. 2 ff.): „So wie es selbstverständlich geworden sein sollte, den ‚gender mainstreaming‘ als Prüfkriterium an alle Projekte und politische Konzepte zu legen, müsste mit dem Begriff ‚cultural mainstreaming‘ aufgefördert werden, sicherzustellen, dass Menschen unterschiedlicher nationaler, kultureller oder ethnischer Herkunft in ihren eventuell spezifischen Voraussetzungen, Lebensbedingungen und Orientierungen Berücksichtigung finden.“

<sup>10</sup> Vgl.: [http://www.polizei-beratung.de/presse/pressemitteilungen/archiv/2005/kooperation\\_von\\_polizei\\_und\\_moscheevereinen/](http://www.polizei-beratung.de/presse/pressemitteilungen/archiv/2005/kooperation_von_polizei_und_moscheevereinen/)

<sup>11</sup> Vgl.: [http://www.bpb.de/presse/0L61AB,0,Kooperation\\_von\\_Polizei\\_und\\_Moscheevereinen%3A\\_Modellprojekt\\_der\\_bpb\\_im\\_Mittelpunkt\\_einer\\_Fachkonferenz.html](http://www.bpb.de/presse/0L61AB,0,Kooperation_von_Polizei_und_Moscheevereinen%3A_Modellprojekt_der_bpb_im_Mittelpunkt_einer_Fachkonferenz.html)

alog über sicherheitsrelevante Fragen zu treten. Hieraus entwickelte sich Ende 2005 die AG „Vertrauensbildende Maßnahmen“<sup>12</sup>. Im Rahmen der AG wurden gegenseitige Ansprechpartner benannt, um einen vertrauensvollen (und entkrampften<sup>13</sup>) Austausch zu fördern.

Ebenfalls förderlich war die erste Deutsche Islamkonferenz am 27.09.2006 in Berlin, auf die die Polizei BW keinen direkten Einfluss hatte, deren Erfolge aber zu spüren waren.

Ende 2006 entwickelte sich auch eine weitere Kampagne des ProPK, die sich der „Gewaltprävention bei türkischen Zuwanderern“ zuwandte<sup>14</sup>. Ausgangspunkt war unter anderem eine vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN) durchgeführte Schülerbefragung, die das Augenmerk auf die Erziehungspraxis in türkischstämmigen Familien als gewaltfördernder Faktor bei der Genese der Jugendkriminalität legte<sup>15</sup>. Im Mai 2007 fand dann die Eröffnungspressekonferenz der Kampagne „Hand in Hand – Gegen Gewalt! Für die Zukunft unserer Kinder“ statt, die auf türkischsprachige Medien in Deutschland zielt und mittels prominenter Vertreter der türkischstämmigen Community die inhaltlichen Botschaften transportieren will.

### Durchführung

Wie bereits angedeutet obliegt die landesweite Steuerung des Projekts der „Geschäftsstelle Moscheevereine“, die neben dem Leiter aus zwei Beamten der Prävention besteht und von einem Pädagogen, dem Ansprechpartner des LKA BW beim Württembergischen Fußballverband und einem Ansprechpartner der Sicherungstechnischen Kriminalprävention unterstützt wird (alle im „Nebenamt“).

Um den weiteren Sachverstand in das Projekt einzubringen und Maßnahmen abzustimmen, wurde eine „Koordinierungsgruppe Moscheevereine“ eingerichtet, die sich seit 2007 halbjährlich trifft und aus Vertretern des Innenministeriums, der Akademie wie der Hochschule der Polizei, dem Bereitschaftspolizeipräsidium, dem Staatsschutz des LKAs sowie der Geschäftsstelle Moscheevereine besteht.

---

<sup>12</sup> Gemeinsamer Dialog zwischen muslimischen Organisationen und Sicherheitsbehörden; Konzept „Vertrauensbildende Maßnahmen“ (seit Dezember 2005).

<sup>13</sup> „Hervorzuheben ist, dass die Polizeien der Länder als ein ganz wesentliches Ergebnis der vertrauensbildenden Maßnahmen eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Polizei und muslimischen Verbänden feststellen. Diese Einschätzung wurde von den Vertretern der muslimischen Verbände DITIB und ZMD (...) voll geteilt.“ AG „Vertrauensbildende MaßnahmenW: Zweiter Evaluierungsbericht zur Umsetzung des Konzepts (Stand Februar 2009).

<sup>14</sup> Vgl. [http://www.polizei-beratung.de/aktionen/el\\_ele/](http://www.polizei-beratung.de/aktionen/el_ele/)

<sup>15</sup> Ein Befund, der spätestens seit den „Bussmann-Reports“ als gesichert gilt, vgl.: Bundesministerium der Justiz (Hg.): Report über die Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung. Vergleich der Studien von 2001/2002 und 2005. Berlin, 2007 (<http://www.bmj.de/files/-/1375/BussmannReport.pdf>), bzw.: <http://bussmann.jura.uni-halle.de/familiengewalt/>

Gemeinsam wurden verschiedene Fortbildungsmaßnahmen konzipiert, die vom 5-tägigen Grundseminar, eintägigen Spezialseminare, Veranstaltungen für Führungskräfte, für Mitarbeiter von Ausländerbehörden bis hin zu Arbeitstagen und einer elektronischen Lernanwendung reichen, die von mehr als 15.000 Polizeibediensteten in BW genutzt wurde.

### **Erfahrungen**

Aus dem Erfahrungsbericht des Jahres 2008 kann entnommen werden, dass der Ansatz funktionieren kann, wenn beide Seiten aufeinander zugehen.

*„Die Entwicklung guter und weiter führender Kontakte zu muslimischen Vereinigungen braucht Zeit und möglichst langfristig zusammenarbeitende Personen auf beiden Seiten, die über genügend Sensibilität und Interesse für die jeweils andere Seite verfügen. Auftretende mögliche Konfliktpunkte sollten so frühzeitig wie möglich miteinander besprochen werden.“<sup>16</sup>*

Eine sehr gute Voraussetzung zur Lösung von Problemen ist gegeben, wenn Führungspersonen beteiligt sind:

*Die Einbeziehung und Schulung leitender Polizeibeamter, vor allem von Revierleitern, hat sich bei der Anbahnung und Entwicklung von Kontakten bewährt.<sup>16</sup>*

Inhaltlich hat sich bewahrheitet, was aus den Erfahrungen der Pilotdienststelle Stuttgart bekannt war:

*Ein aussichtsreicher Anknüpfungspunkt für den Dialog ist und bleibt die Sorge muslimischer Eltern um das Wohl ihrer Kinder. (...) Themen, die Ehe, Familie und Sexualität zum Inhalt haben, stoßen zwar immer noch auf Ablehnung, sind aber immer häufiger vermittelbar. Sie sollten allerdings möglichst erst zu einem Zeitpunkt angesprochen werden, zu dem sich der Kontakt schon als tragfähig erwiesen hat und ein gewisses Vertrauensverhältnis vorhanden ist. (...)“<sup>16</sup>*

Dabei ist aufbauend, dass die Richtung auch von berufener Stelle unterstützt wird:

*„Der anhaltende Glaube von mehr als einer Milliarde Menschen ist so viel größer, als der engstirnige Hass einer kleinen Gruppe. Der Islam ist nicht Teil des Problems, bei der Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus, sondern ein wichtiger Teil zur Förderung des Friedens.“<sup>17</sup>*

<sup>16</sup> Vgl. LKA BW: Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Moscheevereinen und der Polizei in Baden-Württemberg. Stuttgart, 2009, S. 16.

<sup>17</sup> Barack Obama am 04.06.2009 an der Al-Azhar Universität Kairo, Ägypten, zitiert nach www.faz.net

Oder für den engeren Kontext unseres Programms:

*„PR Ziercke unterstreicht, dass neue Impulse in der praktischen Arbeit mit einem erfreulichen Ergebnis geleistet worden seien. Künftig sollen die Maßnahmen nicht nur konsolidiert, sondern auch mit unverändertem Engagement weiter vorangetrieben werden. (...)“<sup>18</sup>*

Weiter unten im Text folgt die Begründung:

*„Durch die jetzt seit längerem bestehenden Kontakte zu den muslimischen Vereinigungen ist auf örtlicher Ebene der alltägliche Informations- und Erfahrungsaustausch intensiver geworden. Im Ordnungsbereich gibt es bereits vermehrt Hinweise von muslimischer Seite, in einem Fall sogar zu extremistischen Bestrebungen. Viele Dienststellen äußern sich optimistisch, dass dieser Trend anhält, wenn die Polizei in ihren Bemühungen nicht nachlässt.“<sup>19</sup>*

## Risiken

Julia Gerlach ruft in ihrem Buch „Zwischen Pop und Dschihad“ dazu auf, einen differenzierten Umgang, beispielsweise mit der Muslimischen Jugend Deutschlands (MJD) zu pflegen, trotzdem sie, laut verschiedenen Verfassungsschutzberichten, eine Nähe zur Muslimbruderschaft habe. Andererseits scheinen sich gerade hier junge Menschen zu Wort zu melden, die gegen überkommenen Positionen Altvorderer argumentieren.

*„Da wäre es ein falsches Signal, die Organisation auszugrenzen und dadurch quasi mit den radikalen Strömungen, die sie [die MJD – FB] ja gerade bekämpfen will, gleichzusetzen.“<sup>20</sup>*

Die Aufgabe der Polizei ist hier, mit (so gut wie) allen Organisationen im Gespräch zu bleiben<sup>21</sup>. Aber nicht naiv! Sollte das primäre Ziel der muslimischen Organisation in der Mission (*da'wa*) liegen, ohne eine Bereitschaft erkennen zu lassen, auch über eigene Positionen nachzudenken oder sollte es sich herausstellen, dass sich eine Organisation aus taktischen Gründen verstellt (*taqiyya*), ist die Basis für einen Dialog nicht gegeben. Eine engere Kooperation ist grundsätzlich nur mit jenen möglich, die auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands stehen.

<sup>18</sup> BKA, Protokoll der 6. Leitungssitzung der AG „Vertrauensbildende Maßnahmen“, März 2009, S. 3

<sup>19</sup> a.a.O., S. 5.

<sup>20</sup> Julia Gerlach: Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland. Bonn, 2006, S. 152

<sup>21</sup> Umstritten ist dies bei der IGMG: „Insgesamt wird deutlich, dass es im Fall der IGMG wichtig ist, lokal zu differenzieren (...). Eine kommunale Einbindung kann Schritte einleiten, die zu einer Öffnung und Veränderung innerhalb der Vereinigungen führen. Ein prinzipieller Ausschluss aufgrund der Beobachtung durch den Verfassungsschutz würde diese Möglichkeit ungenutzt lassen und steht im Widerspruch zu vielfach positiven lokalen Erfahrungen mit IGMG-Vereinen“ Schmid/Akca/Barwig: Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg. Baden Baden, 2008, S. 286.



Andere Kritiker reiben sich an der Bühne, die religiösen Organisationen so staatlicherseits gestellt wird:

*„Versucht man religiöse Führer und Geistliche für politische Anliegen zu gewinnen, (...), so mindert man die Bedeutung von nichtreligiösen Werten, welche die Menschen (...) in ihrem eigenen Bereich haben können und tatsächlich haben“<sup>22</sup>*

M.E. lässt sich der berechtigte Einwand Sens entkräften, da das Zugehen auf muslimische Organisationen nur ein Zugang zu der Bevölkerungsgruppe ist. Beispielsweise die Kampagne „Hand in Hand – Gemeinsam für mehr Sicherheit“ wendet sich an alle türkischsprachigen Migranten. Zudem ist das Ziel der „Sondermaßnahme“ die Integration der muslimischen Organisationen in die Strukturen der KKP. Die Organisationen sollen befähigt werden, den Platz einzunehmen, der ihnen zusteht und der von anderen, beispielsweise christlichen Organisationen, schon lange eingenommen wird.

### **Ausblick**

Das erklärte Ziel ist es, alle Bevölkerungsgruppen in das Bemühen um ein sicheres Heimatland Baden-Württemberg einzubinden. Dass dadurch die Gremien und Foren bunter werden, da die Menschen Meinungen und Traditionen mitbringen, die zum Teil nicht selbsterklärend sind, wird als Bereicherung gesehen. Oder um es mit dem Integrationsplan des Landes Baden-Württemberg von 2008 auszudrücken:

*„Eine gelungene Integration befähigt Menschen mit Migrationshintergrund (...), ihre spezifischen Ressourcen und Potentiale zu nutzen und darüber hinaus die Fähigkeit zu entwickeln, die eigene Zukunft aktiv und selbstverantwortlich zu gestalten. Dabei geht es nicht um eine einseitige Assimilation dieser Menschen, sondern um ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen und ein gegenseitiges Verständnis.“<sup>23</sup>*

Auch wenn die Polizei in diesem Feld sicher nur ein Akteur unter vielen ist, können Leuchtturmprojekte – wie das in Reutlingen – dafür werben, sich auch als muslimische Community in der Kommunalen Kriminalprävention zu engagieren, und darüber die Polizei als Bürgerpolizei und verlässlichen Partner zu erleben. Dann dürften die am Anfang zitierten Befürchtungen immer seltener werden: wenn sich aus dem Übereinander, ein miteinander Reden entwickelt hat. Dieser, von beiden Seiten gewünschte Dialog, könnte im optimalen Fall sogar eine Sogwirkung in den extremistischen Bereich entfalten - oder zumindest einen Beitrag dazu<sup>24</sup>.

<sup>22</sup> Amartya Sen: Die Integrationsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Bonn, 2007, S. 89.

<sup>23</sup> Integrationsplan des Landes Baden-Württemberg. Integration gemeinsam schaffen. Stuttgart, 2008, S. 12 f.

<sup>24</sup> Im Vortrag wurde an dieser Stelle auf den Ausstellungsstand und die Audiotour hingewiesen – und ein Dank an Birgit Horländer (Inhalte), Liane Köhnlein (Grafik) und Jürgen Enderle (Logistik) ausgesprochen.

## **2. Netzwerk „Hand in Hand –für die Zukunft unserer Kinder!“**

### **Selektive kommunale Kriminalprävention mit muslimischen Vereinen in Reutlingen**

Dieser kurze Überblick über ein mehrjähriges Projekt stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit: es können nicht alle Facetten der Präventionsarbeit wiedergegeben werden, vielmehr wird die Konzentration auf die wichtigsten Ergebnisse des Netzwerks gelegt.

### **Zahlen und Fakten über Reutlingen**

Reutlingen ist die jüngste Großstadt (110.000 Einwohner) Baden-Württembergs. Aufgrund der starken Industrie hat Reutlingen einen schon traditionell hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Mittlerweile hat jeder dritter Einwohner von Reutlingen einen Migrationshintergrund (ca. 34%); bei den Neugeborenen liegt dieser Anteil bei nahezu 60 %. In den 60er und 70er Jahren kamen die „Gastarbeiter“ aus Südeuropa und Jugoslawien, früh wurden dann aber auch Menschen aus der Türkei angeworben. In den 90er Jahren erlebte Reutlingen eine Welle von Asylsuchenden<sup>25</sup>. Viele sind in Reutlingen geblieben und haben ihren Platz gefunden.

Aufgrund der hier stattfindenden Kommunalen Kriminalprävention mit muslimischen Vereinen, sollen aber Migranten mit muslimischem Hintergrund im Fokus stehen: zurzeit dürften dies in der Stadt Reutlingen ca. 6.000 und im Landkreis Reutlingen ca. 13.500 Einwohner sein. Den weitaus größten Anteil bilden die türkeistämmigen Migranten.

### **Situation vor „Hand in Hand“**

Bereits Mitte der 70er Jahre gründete sich der erste Verein türkeistämmiger Migranten in Reutlingen. Weitere folgten, so dass heute sieben Moscheevereine, zwei muslimische Kulturvereine, ein muslimischer Sportverein und ein türkischer Elternverein im Stadtgebiet existieren. Auf Landkreisebene sind es sogar mindestens 25 Vereine mit muslimischem Hintergrund und es kommen ständig weitere hinzu. Die Vereine sind nicht generell türkisch geprägt. Es gibt mehrere arabische Vereine, einen bosnischen, einen pakistanischen (Ahmadiyya) und einen Exot mit Muslimen aus Togo. Bis auf die Ahmadiyyas sind alle Vereine sunnitischer Glaubensrichtung.

Seit 1984 Jahre gibt es in Reutlingen eine städtische Stelle (Ausländerbeauftragter), die sich um Migranten kümmert und seit 2004 das Referat für Migrationsfragen. Seit mehr als 25 Jahren gibt es einen Ausländerrat, der die Interessen der Migranten in Reutlingen vertritt. In diesem Ausländerrat befinden sich auch einige Mitglieder muslimischer Vereine. Trotzdem waren die Kontakte der Stadt zu den muslimischen Vereinen eher dürftig, ein intensiver Kontakt bestand nur zu einem Moscheeverein (Ditib-Moschee). Erst im Jahr 2005 kam ein weiterer intensiver Kontakt hinzu (Mo-

---

<sup>25</sup> Aufgrund der in Reutlingen ansässigen Bezirksstelle für Asyl und deren Unterkünfte.

schee- und Kulturverein/Türkischer Idealistenverein). Ende 2005 richtete das Referat für Migrationsfragen das Netzwerk „Migration/Integration“ ein, das zum damaligen Zeitpunkt hauptsächlich aus Vertretern von Wohlfahrtsorganisationen, Bildungseinrichtungen und ausländischen Vereinen bestand. Das Netzwerk dient vor allem zum Erfahrungs- und Informationsaustausch der Projektträger, die haupt- oder ehrenamtlich mit und für Migranten arbeiten.

Bei der Polizeidirektion Reutlingen sah es ähnlich aus: bevor im Frühjahr 2006 im Rahmen des landesweiten Präventionsprojekts „Polizei und Moscheevereine“ die „Ansprechpartner für Moscheevereine“ bei jedem Polizeirevier der Polizeidirektion Reutlingen eingesetzt wurden, hatte lediglich der Staatsschutz sporadische Kontakte zu den Moscheevereinen. Diese Kontakte beschränkten sich aber auf Überprüfungen und persönliche Gespräche mit den jeweiligen Vorstandsvorsitzenden, die etwa alle ein bis zwei Jahre stattfanden.

Als ich im April 2006 meine Tätigkeit beim Polizeirevier Reutlingen als „Ansprechpartner für Moscheevereine“ begann, fing ich sozusagen bei null an (auch mit der interkulturellen Kompetenz). Allerdings konnte ich, mithilfe der türkischstämmigen Leiterin des Referats für Migrationsfragen, schnell einen guten Kontakt zu zwei Moscheevereinen, einem Kulturverein und einem Elternverein der türkischen Schule aufbauen. Recht schnell wurden mir die Probleme der muslimischen Migranten in Reutlingen deutlich und die Vereine waren entschlossen, ihre Mitglieder bei der Integration in die Gesellschaft zu unterstützen.

Einige Vereine wollten sich öffnen und Kontakte zu den städtischen Stellen herstellen, die einen hatten die Möglichkeit und nutzten Sie – andere sahen diese Möglichkeit mangels Ressourcen nicht. Wiederum andere fühlten, dass die städtischen Stellen ihnen nur Misstrauen entgegen brächten. Es war eine gewisse Aufbruchsstimmung bei den Vereinen zu spüren, als sich die ersten zarten Bande knüpften, aber auch ein Gefühl der Verunsicherung: es war nicht klar, was die Polizei eigentlich von den Vereinen wollte.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Muslimen und der Polizei war offensichtlich gestört; vor allem betraf das die erste und zweite Generation. Die türkischen Gastarbeiter brachten ihr Bild von der Polizei aus ihrem Herkunftsland mit: bis vor wenigen Jahren ging man aber in der Türkei aus verschiedenen Gründen eher nicht zur Polizei. Noch schlimmer war dies offensichtlich in einigen arabischen Ländern. Die Distanz machte sich eindeutig im Anzeigeverhalten der muslimischen Migranten bemerkbar: entweder suchte das Opfer einer Straftat keinen Kontakt zur Polizei, oder man holte sich ein gut integriertes Familienmitglied, das als Dolmetscher und als Kulturmittler erhalten musste. Diese Hemmschwelle galt es zu überwinden!

### **Umsetzung der bundesweiten Kampagne „Hand in Hand“ (El Ele)**

Als im Mai 2007 die bundesweite Kampagne „Ele Ele“ (Hand in Hand –gegen Gewalt!) startete, hatte ich bereits regen Kontakt zu vier türkischen Vereinen. Außerdem bestand aufgrund anderweitiger Netzwerkarbeit ein guter Kontakt zu den Wohlfahrtsorganisationen und pädagogischen Beratungsstellen. Einige meiner türkischstämmigen Ansprechpartner und ich sahen die Notwendigkeit, die Kampagne aufzugreifen und in Reutlingen umzusetzen: bei vielen Gesprächen mit den Ansprechpartnern der Vereine, beklagten jene die fehlende Erziehungskompetenz und die gewaltbelasteten Erziehungsmethoden ihrer Landsleute. Zudem gab und gibt es in Reutlingen, wie auch in anderen Ballungszentren, ein Problem mit jugendlichen Gewalttätern mit Migrationshintergrund – überdurchschnittlich viele davon sind junge Muslime.

Die türkischen Vereine wollten mit der Polizei eine Kampagne mit Vorträgen über Kindererziehung für türkeistämmige Eltern in den Vereinen umsetzen. Es war jedoch schnell klar, dass die Polizei und die Vereine dies nicht alleine leisten konnten: zwar konnte das Sachgebiet Prävention der Polizeidirektion Reutlingen einige Themen zur Gewaltprävention anbieten, benötigt wurden jedoch „echte“ Pädagogen, die Vorträge über kritische Phasen in der Kindesentwicklung halten konnten.

Als ich verschiedene Beratungsstellen und Wohlfahrtsorganisationen das Grobkonzept der Kampagne vorstellte, waren diese angetan und zeigten sich sofort bereit, die Polizei und die türkischen Vereine bei der Umsetzung zu unterstützen. Den Beratungsstellen waren die Probleme von muslimischen Eltern in der Kindererziehung bekannt, jedoch hatten diese ebenfalls keine Kontakte zu den Migrantenvereinen und somit nur bedingt eine Möglichkeit, Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Sie sahen in der Umsetzung der Kampagne „El Ele“ eine Chance, den betroffenen Eltern die Angebote der Beratungsstellen näher zu bringen.

Es wurde eine Reihe von Vorträgen durch die Beratungsstellen, durch die Polizei und durch das Schulamt entwickelt, die alle die gewaltfreie Erziehung thematisierten. Neben Vorträgen der Polizei zur Jugendkriminalität, Gewalt im häuslichen Bereich und Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche, fanden Vorträge über Kleinkinderziehung, Pubertät und interkulturelle Erziehung statt. Das Schulamt bot Informationsveranstaltungen über das baden-württembergische Schulsystem an.

Partner der Kampagne war ein Moscheeverein (Ditib), ein Moschee- und Kulturverein (TGO/Türk. Idealistenverein), ein Kulturverein und anfangs noch der Verein türkischer Elternbeiräte (Türkische Schule). Aus hier nicht bekannten Gründen zog sich der Elternverein aber während der Planungsphase zurück und unterstützte die Kampagne zumindest nicht mehr aktiv.

Wir entschlossen uns, die Vorträge jeweils zwei Mal, einmal in einem türkischen Verein und einmal in einer deutschen Bildungseinrichtung, zu veranstalten und erhoff-

ten uns davon, ein Angebot für das gesamte Spektrum der türkischen Community zu schaffen. Da nicht alle türkischstämmige Migranten Moscheen aufsuchen, nahmen wir das Angebot der Volkshochschule Reutlingen und des Hauses der Familie gerne an. Mit der Vortragsreihe wollten wir bewusst Migranten erreichen, die aufgrund von Sprachbarrieren oder Hemmungen sonst nie den Weg zu einem Elternabend finden und boten jeden Vortrag in türkischer (Mutter-) Sprache an. Um Angehörigen von Behörden, Schulen und Kindertagesstätten die türkische Kultur und islamische Lebensweise näher zu bringen, planten wir zusammen mit dem Schulamt eine Lehrerfortbildung, um die interkulturelle Kompetenz der Beteiligten zu verbreitern.

Nach einer festlichen Auftaktveranstaltung am 16.12.2007 fanden die Vorträge im Zeitraum von Januar bis Ende April 2008 statt. Während der Durchführung der Kampagne erhielten wir sehr viel Aufmerksamkeit, was sicherlich auch daran lag, dass die Kampagne von der deutschen und der türkischen Lokalpresse interessiert verfolgt wurde.

Die Vorträge wurden unterschiedlich angenommen. Zu den Veranstaltungen in den deutschen Bildungseinrichtungen erschien tatsächlich ein ganz anderes Publikum als zu den türkischen Vereinen. Es waren wesentlich besser integrierte türkeistämmige Migranten, die sich auch durchaus, aufgrund ihres Sprachvermögens bei Veranstaltungen für deutsche Eltern hätten informieren können. Viele der dort veranstalteten Vorträge waren schlecht besucht. Im Gegensatz dazu erschienen in den Vereinen durchweg 20 bis 40 Personen, die der deutschen Sprache teilweise nicht mächtig waren, und die zu „normalen“ Elternabenden nie erschienen wären. Die Vorträge waren umfangreich und intensiv, wie mir die Referenten versicherten.

Die Vortragsreihe wurde von Anfang an zusammen mit den türkischen Vereinen entwickelt, so dass sich diese eingebunden und ernst genommen fühlten. Zudem gewannen die Vereine durch die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen, der Polizei und den Bildungseinrichtungen für sie wichtige neue Kontakte. Die Beratungsstellen hatten nach der Kampagne tatsächlich vermehrt Einzelberatungen (Eltern, Kinder und Jugendliche), was sie teilweise auf die neuen Kontakte mit den türkischen Vereinen zurückführten.

### **Bildung eines festen Netzwerks**

Nach dem offiziellen Ende der Kampagne hatten die beteiligten Vereine das Bedürfnis, zum Abschluss ein Fest zu veranstalten<sup>26</sup>. Das Fest und die Bereitschaft und das Interesse aller Beteiligten führten letztendlich dazu, dass wir uns entschlossen, die bisherige Arbeit in einem festen Netzwerk fortzuführen. Man war sich schnell einig, dazu weitere muslimische Vereine und weitere Institutionen mit ins Boot zu holen; es mussten also neue Strukturen und neue Partner gefunden werden.

---

<sup>26</sup> Dieses fand am 01.06.2008 auf dem Gelände der Yunus-Emre-Moschee (Ditib) statt.

Es wurde zunächst vereinbart, dass weitere Vorträge über Erziehungsthemen und zur Gewaltprävention in den Vereinen veranstaltet werden sollten. Recht schnell war klar, dass man die Stadt Reutlingen, genauer gesagt das Referat für Migrationsfragen, und das Rechts- und Ordnungsamt des Landratsamt Reutlingen (zuständig für Integrationsmaßnahmen) als neue Partner gewinnen musste, was jedoch aufgrund der Popularität der Kampagne in Reutlingen kein Problem darstellte.

Weiterhin wollten wir uns anderen Nationalitäten öffnen und die Mitgliedschaft in diesem Netzwerk nicht nur auf türkische Vereine beschränken. Infolge wurden mehrere Vereine durch unser Netzwerk angesprochen. Ende 2008 stießen ein pakistanischstämmiger Verein (Ahmadiyyas) und ein Verein mit Migranten aus Togo hinzu. Anfang 2009 wurde ein arabisch geprägter Verein Mitglied des Netzwerks. Außerdem gründete sich Ende 2008 ein kommunaler türkischer Dachverband, dem sich auf Landkreisebene insgesamt sieben Vereine anschlossen. Auch dieser Dachverband erklärte seine Mitgliedschaft in unserem Netzwerk.

Nun stellte sich die Frage, ob man das Netzwerk nur auf das Stadtgebiet von Reutlingen beschränken oder ob man es auf den gesamten Landkreis ausdehnen solle. Vor allem das Landratsamt und die Polizeidirektion hatten Interesse daran gezeigt, zumal der kommunale türkische Dachverband auf Landkreisebene agierte. Nachdem die Gemeinde Dettingen und die Stadt Bad Urach ihre Mitgliedschaft im Netzwerk anboten, war diese Frage entschieden.

### **Arbeit und Ziele des Netzwerks**

Seit Juni 2008 trifft sich das Netzwerk regelmäßig mindestens alle zwei Monate<sup>27</sup>. Mittlerweile läuft die zweite Staffel unserer Vortragsreihe über Erziehungsthemen und zur Gewaltprävention. Wir haben uns dazu entschlossen, auch andere Themen in unserem Netzwerk anzugehen. Neben Elternbildung wollen wir vor allem den Dialog und Kontakt zwischen muslimischen Vereinen und deutschen Institutionen und Behörden fördern.

Damit die Informationen bei den Menschen ankommen, die sie betreffen, führen wir jedes Jahr eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung durch, die wir „Begegnungsfest“ nennen<sup>28</sup>. Dort wird u.a. ein gemeinsames Fußballturnier veranstaltet, bei dem die Mitgliedern muslimischer Vereine und Vertreter von Behörden/Institutionen in gemischten Mannschaften gegeneinander antreten, so dass nicht Behörden gegen Muslime spielen, sondern ein Miteinander erlebbar ist. Dies ist sicherlich für jeden Spieler eine ungewohnte Erfahrung, bei der aber auch neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet werden.

---

<sup>27</sup> Die Treffen werden jedes Mal bei einem anderen Mitglied des Netzwerks durchgeführt, so dass ein gegenseitiges Kennenlernen schneller möglich ist.

<sup>28</sup> Das diesjährige Begegnungsfest findet am 21.06.2009 in einem Sportstadion statt.

Eines unserer Anliegen ist nach wie vor die Vermittlung interkultureller Kompetenz bei Angehörigen von Behörden und Bildungseinrichtungen. Wir werden dieses Ziel durch weitere Veranstaltungen für Lehrer, Erzieherinnen und Angehörige von Behörden weiter verfolgen. Weiterhin wollen wir zukünftig den Austausch zwischen deutschen und muslimischen Jugendlichen fördern und ermöglichen, damit gegenseitige Vorurteile abgebaut werden können. Außerdem sind wir gerade dabei, ein muslimisches Frauenforum zu gründen, das periodisch veranstaltet wird, und dazu dienen soll, muslimische Frauen als Ansprechpartnerinnen für die Behörden und insbesondere die Polizei zu gewinnen. Wir erhoffen uns dadurch, Frauen mit unserer Arbeit noch besser zu erreichen und ihnen, z.B. in Fällen häuslicher Gewalt, einen Ausweg aufzeigen zu können. Da auch das Schulamt Mitglied in unserem Netzwerk ist, können Probleme zwischen muslimischen Schülern/Eltern und Lehrern in den Schulen angegangen werden. Wir sind gerade dabei, über die Elternstiftung BW ein Seminar zur Ausbildung von Elternmentoren zu organisieren. Für die Zukunft haben wir uns vorgenommen, nachhaltige und öffentlichkeitswirksame Arbeit zu leisten und weitere muslimische Vereine aufzunehmen.

### **Ergebnisse und Erfahrungen**

Wir haben festgestellt, dass es durch unsere Arbeit im Netzwerk zu der gewünschten und erhofften „win - win“ Situation gekommen ist.

Der Erfolg unseres Hauptanliegens, durch Elternbildungsveranstaltungen eine Verbesserung der Erziehungskompetenz der Eltern und damit auch Gewaltprävention innerhalb der Familie zu leisten, ist noch nicht messbar, aber bereits zu erahnen.

Aus Sicht der Polizei haben wir mehrere positive Effekte zu verzeichnen. Zum einen haben wir es durch die Kampagne „Hand in Hand“ und durch unsere Netzwerkarbeit tatsächlich geschafft, bei der muslimischen Bevölkerung in Reutlingen ein Vertrauensverhältnis herzustellen. Dieses neue Vertrauensverhältnis kann zwar immer noch verbessert werden, hat aber dazu geführt, dass Scheu und Hemmungen seitens der Muslime vor der Polizei abgebaut wurden. Infolge ist die Anzeigenbereitschaft der Muslime gestiegen<sup>29</sup>. Auch die Bereitschaft, in Fällen häuslicher Gewalt die Polizei zu verständigen, ist im Vergleich zu früher gestiegen. Während früher Fälle von häuslicher Gewalt in muslimischen Familien in sehr unterdurchschnittlicher Zahl der Polizei gemeldet wurden, kann man die Anzahl der gemeldeten Fälle nun mit dem Durchschnitt bei einheimischen Familien vergleichen<sup>30</sup>.

---

<sup>29</sup> Es wurde vermutet, dass die Polizeidirektion Reutlingen aufgrund des Projekts im Jahr 2008 als einzige Polizeidirektion im Regierungspräsidium Tübingen einen Anstieg der Straftaten zu verzeichnen hatte während die Straftaten landesweit zurückgingen (- 3,2 %)!

<sup>30</sup> Auf die Höherbelastung von türkeistämmigen, muslimischen Familien in Fällen häuslicher Gewalt und gewaltbelasteter Erziehungsmaßnahmen macht nicht zuletzt das KfN immer wieder aufmerksam.

Ein weiterer positiver und auch faszinierender Effekt unserer Arbeit ist, dass Muslime die Polizei jetzt mit anderen Augen sehen und viele (nicht nur jüngere) sich plötzlich bei der Polizei bewerben wollen. Allerdings müssen hier noch einige Fragen erörtert werden, da mir gegenüber auch schon Kopftuchträgerinnen ihren Wunsch geäußert haben, sich bei der Polizei zu bewerben. Zugegeben, da war ich einigermmaßen sprachlos und wusste nicht, was ich den Frauen empfehlen sollte.

Auch die Beratungsstellen und Behörden/Institutionen haben positive Effekte zu verzeichnen. Auch hier ist Misstrauen gegenüber muslimischen Vereinen abgebaut worden und Vorurteile konnten teilweise beseitigt werden. Die Beratungsstellen haben nun direkte Kontakte zu muslimischen Vereinen und konnten durch die Kampagne ihr „Zielpublikum“, nämlich Familien bildungsferner Schichten, besser erreichen. Dadurch kam es auch zu dringend notwendigen Einzel- und Familienberatungen. Die Behörden/Institutionen nutzen das Netzwerk vor allem als Informationsplattform, um notwendige Informationen an die Vereine und somit auch an die Migranten direkt zu streuen und auch Informationen von den Vereinen direkt zu erhalten.

Die Netzwerkarbeit hat für die muslimischen Vereine einen erstaunlichen Nebeneffekt. Hatten sie zuvor manchmal nicht einmal Kenntnis voneinander oder höchstens sporadische Verbindungen zueinander, stehen sie jetzt im regen Austausch. Dies hat sich für die Vereine als sehr wichtig erwiesen. Ein vorbehaltloser Austausch unter den muslimischen Vereinen ist nicht selbstverständlich. Es sind zwar bis auf die Ahmadiyyas nur sunnitische Vereine, gerade gegenüber den Ahmaddiyyas bestehen aber die größten Vorbehalte, weil sie unter Sunniten als Ketzer gelten. Man hört immer wieder, es bestünden Vorbehalte zwischen Türken und Arabern – unter diesen Gesichtspunkten klappt die Zusammenarbeit im Netzwerk erstaunlich gut!

Ein weiterer Nebeneffekt ist, dass die Vorstände der Vereine Unterstützung bei ihrer vereinsinternen Integrationsarbeit erhalten. Dies ist ein wichtiger Rückhalt, die den weiteren „Kurs“ eines Vereins für die Zukunft prägen kann. Öffnet sich der Verein weiter, oder zieht er sich wieder zurück? Hat das Netzwerk Erfolg, hat der Vorstand und somit unsere muslimischen Ansprechpartner Erfolg und bessere Einflussmöglichkeiten auf die Mitglieder. Bei manchen Vereinen äußert sich dies in einem überdurchschnittlichen Zuwachs an Mitgliedern.

### **Schwierigkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit**

Natürlich kann nicht jedem muslimischen Verein eine Mitgliedschaft in diesem Netzwerk und somit eine Kooperation angeboten werden. Aber wo verläuft die Grenze? Wenn diese bei den überregionalen Verbänden gezogen wird, müssen z.B. Milli Görüs zugehörige Vereine generell ausgegrenzt werden, da der Verband durch den Verfassungsschutz beobachtet wird. Die Erfahrungen auf örtlicher Ebene können hingegen von den überregionalen abweichen. Es kann sein, dass ein örtlicher Verein, der die Verbandszugehörigkeit zu Milli Görüs aufweist, sich als verfassungskonform und In-



tegrationsmaßnahmen aufgeschlossen erweist. Nach Vorgabe des Innenministeriums unterhält aber weder die Polizei noch die Kommune eine Kooperation mit solchen Vereinen. Gleiches gilt für Vereine, die zur Muslim-Bruderschaft oder zur (türkischen, rechtsnationalistischen) Idealistenbewegung tendieren.

Muslimische Vereine sind patriarchalisch und streng hierarchisch organisiert. Die Vorstände werden eindeutig von Männern dominiert und somit sind die Entscheidungen des Vorstands meistens ausschließlich „männerfreundlich“. Dies ist ein Hemmnis, wenn Frauen und Jugendliche erreicht werden sollen. Anliegen und Vorschläge müssen generell mit den Vorständen besprochen werden. Die Frauen und Jugendlichen sind demzufolge nur über die Vorstände, also (ältere) Männer, zu erreichen. Oft werden die Informationen, die nicht zuletzt Frauen betreffen von den Vorständen nicht weitergegeben, was sich erst sehr viel später herausstellte. Jugendliche oder Frauen, die von sich aus Kontakt zu Mitgliedern des Netzwerks aufnehmen, werden durch die Vorstände zurecht gewiesen und trauen sich anschließend oft nicht mehr, die Initiative zu ergreifen. Wenn sich der Vorstand dann auch noch ausschließlich aus Angehörigen der ersten Generation zusammensetzt, ist diese Hürde noch größer.

Aus diesem Grund hat sich die Polizeidirektion Reutlingen dazu entschlossen, Frau Safiye Erdoğan, eine türkischstämmige Polizeibeamtin, als „Ansprechpartnerin für Moscheevereine“ in die Netzwerkarbeit einzubinden. Für Sie als weibliche, muslimische, deutsche Polizeibeamtin dürfte es leichter sein, Frauen und Jugendliche zu erreichen und Kontakte zu pflegen. Frau Erdoğan wird sich zukünftig vor allem in dem muslimischen Frauenforum einbringen.

Noch ist unser Netzwerk personenabhängig, das heißt, dass Teile unserer Strukturen wegbrächen, wenn ein Vertreter eines Vereins oder einer beteiligten Institutionen unser Netzwerk verließ. Wir sind aber auf dem besten Weg, personenunabhängige Strukturen aufzubauen.

Unser Netzwerk wird auch immer belastbarer. Mittlerweile können auch Themen wie häusliche Gewalt oder Gleichberechtigung von Frauen angesprochen werden, ohne auf Unmut der muslimischen Vereine zu stoßen. Dabei handelt es sich durchweg um konstruktive Gespräche, in denen wir von muslimischer Seite einige Hintergründe zu dem „Warum“ und zu den Inhalten und Eigenheiten ihrer Kultur erfahren. Somit wird auf beiden Seiten für Verständnis geworben. Ich bin mir sicher, dass wir in naher Zukunft auch solche Themen wie Zwangsheirat oder Apostasie im Netzwerk ansprechen können.

**Ausblick**

Wir haben nicht vor, uns in den ersten Erfolgen zu sonnen, sondern wollen die Arbeit weiter intensivieren und ausbauen. Auf beiden Seiten haben wir die Chancen und Möglichkeiten für die Gestaltung einer gemeinsamen lebenswerten Zukunft erkannt und wollen diese auch nutzen. Es gehört natürlich eine Art von Idealismus zu unserer Arbeit, aber für mich ist es ein „realistischer Idealismus“ geworden. Für eine gelungene Integration sind nicht nur die Migranten verantwortlich sondern auch die Gesellschaft. Somit stehen die Kommunen und Behörden (auch die Polizei) in der Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

## **Inhalt**

Vorwort 1

### **I. Der 14. Deutsche Präventionstag im Überblick**

*Christian Wulff*

Grußwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten und Schirmherrn 5

*Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner*

Hannoveraner Erklärung 9

*Erich Marks / Karla Schmitz*

Der 14. Deutsche Präventionstag 2009 im Überblick 13

*Wolfgang Schäuble*

Was hält die Gesellschaft zusammen? 37

*Wiebke Steffen*

Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag:  
„Solidarität leben - Vielfalt sichern“ 45

*Rainer Strobl / Olaf Lobermeier*

Evaluation des 14. Deutschen Präventionstages 117

### **II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte**

*Inge Kloepfer*

Aufstand der Unterschicht - was auf uns zukommt 155

*Horst von der Hardt*

Die Bedeutung von Prävention und frühen Hilfen in der  
Kinder- und Jugendmedizin 165

*Christina Storck / Thomas Duprée / Andrea Dokter*

Schulische Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Kinder –  
Die Teilnahme von Grundschulen aus „sozialen Brennpunkten“ am  
Programm Klasse2000 und die Akzeptanz und Umsetzung aus Sicht  
der Lehrkräfte 175

<i>Romy Bartels</i> Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen durch soziale Integration und Bildung - Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer	193
<i>Frank Buchheit / Safiye Erdoğan / Thomas Roos</i> Heimatland Baden-Württemberg - gemeinsam in Sicherheit leben	211
<i>Herbert Schubert / Katja Veil</i> „Nachbarschaftlichkeit“-Solidarität als Faktor der sozialräumlichen Kriminalprävention	229
<i>Heidemarie Ballasch</i> Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen - Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach	247
<i>Lüder Bischoff</i> „Prävention durch Partizipation in der Lebenswelt einer Schule“	257
<i>Andrea Große-Wiesmann</i> „Vielfältige Arbeit – Präventive Effekte“	263
<i>Kerstin Bunte / Shérif Wouloh Korodowou</i> Thérapie Sociale - ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune	273
<i>Manuel Eisner / Denis Ribeaud</i> Was bringt universelle Frühprävention von Gewalt? Ergebnisse des Zürcher Projektes zur Sozialen Entwicklung von Kindern	291
<b>III Autoren</b>	304